Gemeinde Remchingen

Pressemitteilung

17. Juni 2024

Aus der Arbeit des Gemeinderats

(Remchingen, zac.). Um während der ab Juli geplanten zweijährigen Sanierungsphase des Singener Hallenbads und der darüberliegenden Sporthalle zumindest einem Teil des Schul- und Vereinssports alternative Räumlichkeiten zu geben, hatte sich der Remchinger Gemeinderat wie berichtet schon in der letzten Gemeinderatssitzung für die Errichtung einer Aluhalle auf dem benachbarten Kleinspielfeld ausgesprochen. Offen blieb dabei die Frage einer Miete oder eines Kaufs. Mit 13 Ja-, acht Neinstimmen und einer Enthaltung entschieden sich die Räte nun in einer außerordentlichen Sitzung für einen Kauf zum Preis von knapp 194.000 Euro, was rund 40.000 Euro teurer ist als eine Miete der Halle für zwei Jahre. Damit sei man flexibler im Falle einer Verzögerung und könne die Halle beispielsweise als Lager nutzen, argumentierte Thomas Walch (CDU). Oder als vorübergehende Unterkunft bei einer Zuspitzung der Flüchtlingskrise, ergänzte Christian Roser (CDU): „Auch wenn uns allen klar ist, dass das kein Hotel ist." Einen dauerhaften Festplatz wie in Kleinsteinbach könne er sich ebenso vorstellen. „Im schlimmsten Fall können wir sie dann immer noch verkaufen", stimmte Martin Rothweiler (Freie Wählervereinigung) zu. Volker Bräuninger (SPD) hielt dagegen, dass man entsprechende Lagerräume, aber auch die Expertise beim Auf- und Abbau benötige. Auch Dieter Braun (Grüne) mahnte, dass sich die Gemeinde nicht noch eine Verantwortung anbinden solle. Ein Gebrauchtkauf komme derweil vergaberechtlich nicht in Frage, erfuhr Matteo Kammerer (Grüne) auf Nachfrage.

Einstimmig vergab der Rat zudem den Auftrag für Zimmererarbeiten für einen Anbau der Kulturhalle zum Angebotspreis von rund 56.000 Euro an die Remchinger Zimmerei Stengel. Der Anbau soll der Kulturhalle mehr Lagerfläche bieten.

Einigung im Pachtstreit um Remchinger Altenpflegeheim

Remchingens Bürgermeisterin Julia Wieland brauchte am Donnerstagabend nur wenige Sekunden, um einen nichtöffentlichen Gemeinderatsbeschluss vom April und damit das

Ergebnis eines neun Jahre schwelenden Pachtstreits zwischen der Gemeinde und dem früheren Trägerverein des Remchinger Altenpflegeheims zu verkünden. Dieser hatte in der Vergangenheit für teils tiefe Grabenkämpfe gesorgt und immer wieder mehrere Gerichte beschäftigt: Nach einer Zahlung des Vereins Diakonische Altenhilfe Remchingen e.V. über 50.000 Euro an die Gemeinde ermächtigten die Ratsmitglieder demnach die Bürgermeisterin im April einstimmig, den Rechtsstreit zu beenden. „Damit ist der Streit offiziell beendet“, erklärte Wieland. Die Gemeinderäte Wolfgang Oechsle und Ute Praefcke hatten als Vorsitzender des Trägervereins und Tochter des Vize-Vorsitzenden wegen Befangenheit nicht an der Abstimmung teilgenommen.

Was war vorhergegangen? Bereits im Dezember 2015 hatte die Gemeinde dem damaligen Trägerverein den Vertrag zum Betrieb des Pflegeheims gekündigt, um die Geschicke selbst in die Hand zu nehmen – auch in Anbetracht der bevorstehenden Erweiterung, auf die der Verein schon damals gedrängt hatte, die aber bis heute nicht erfolgt ist. Immer lauter wurde dabei auch ein Pachtstreit aufgrund unterschiedlicher Lesart des Betriebsträgervertrags insbesondere in punkto Zinslast: Während sich der Verein über die Jahre zwei bis drei Millionen Euro in Überzahlung gesehen und weitere Mietzahlungen eingestellt hatte, sah die Gemeinde den Verein gut eine halbe Million Euro in der Schuld. Daraufhin folgten Bürgerbegehren des Vereins, vergebliche Einigungsversuche und mehrere Gerichtsverhandlungen zwischen dem von Alt-Bürgermeister Oechsle und Lorenz Praefcke vertretenen Verein und der von Bürgermeister Luca Wilhelm Prayon und Kämmerer Gerd Kunzmann vertretenen Gemeinde. Schließlich folgte eine doppelte und dreifache Kündigung durch die Gemeinde. Diese übernahm den Heimbetrieb schließlich 2018, doch der Streit keimte immer wieder von Neuem auf.

Bei der jüngsten Verhandlung hätten die Richter des Oberlandesgerichts noch einmal eine Einigung auf einen Vergleich vorgeschlagen, den Wieland dann mit Oechsle und Praefcke vereinbart habe, erklärte sie auf Nachfrage. Oechsle betonte dabei, dass es sich bei den bezahlten 50.000 Euro um eine Nutzungsausfallentschädigung für das Jahr 2017, in dem der Verein keine Miete bezahlt hatte, handle. Von rund 200.000 Euro ausstehender Nutzungsentschädigung seien im Vergleich 150.000 Euro Pachtüberzahlungen abgezogen worden, woraus sich die 50.000 Euro ergeben haben. „Damit war jedoch eine Kündigung wegen angeblicher Pachtschulden vor 2017 in keiner Weise gerechtfertigt und die seinerzeit in der Gemeindeverwaltung Verantwortlichen müssten sich eigentlich entschuldigen, dass sie acht Jahre lang den früheren Betriebsträger zu Unrecht in einen erniedrigenden Prozess hineingezogen und ihm das Pflegeheim weggenommen haben“, erklärte Oechsle am

Donnerstagabend. Die Gemeinde habe sich mit der Übernahme aus seiner Sicht eine unnötige zusätzliche Aufgabe aufgeladen. „Es gibt keinen Sieger und keinen Verlierer und wir sind einfach froh, dass der Streit jetzt beendet ist“, unterstrich derweil der neue Kämmerer Frank Burghardt.

Ablagerungen am Kämpfelbach gefährden Hochwasserschutz

Auf raschen Handlungsbedarf in Sachen Hochwasserschutz am Singener Kämpfelbach machte der Anwohner Kurt Schlager aufmerksam. Mit eigenen Aufnahmen im Bereich der sanierten Brücke an der Marktstraße kurz vor der Mündung des Kämpfelbachs in die Pfinz verdeutlichte er, wie sich über die Jahre immer mehr Sediment und Dreck im Bachbett angesammelt haben. „Beim Hochwasser 2013 war der Bach randvoll – inzwischen hat sich im Untergrund noch mehr Dreck angesammelt“, erklärte Schlager.

Als um Pfingsten herum das Wehr an der Mühle herabgelassen wurde und aufgrund eines technischen Defekts einige Tage lang nicht mehr hochfuhr, hatte man im niedrigen Wasser eindrücklich die Sedimentablage gesehen, verdeutlichte er mit den Bildern: „Ich war schon mehrfach hier. Greift man das Thema wieder auf?“ Bürgermeisterin Julia Wieland, die ihm bereits einige Tage zuvor geantwortet hatte, versicherte, dass sich die Gemeindeverwaltung dem Thema inzwischen angenommen habe: „Da muss man was machen – wir haben uns eine interne Frist gesetzt.“ Da man dafür Spezialgeräte benötige, müsse die Gemeinde das Vorhaben ausschreiben – die Arbeiten sollen aber noch vor der geplanten Wehrsanierung durch das Regierungspräsidium passieren.

Anregungen aus dem Rat

Felix Casper (CDU) bemängelte, dass der Familiencircus, der seit Jahrzehnten in Wilferdingen gastiert, anscheinend in diesem Jahr nicht kommen könne, da es einerseits kein Einverständnis der privaten Eigentümer und Pächter zur Nutzung ihrer Wiesen gebe und die Gemeinde andererseits keinen Alternativstandort bieten könne und sich auch nicht um den Stromanschluss kümmere: „Dabei ist es eine unglaublich tolle Errungenschaft, so eine Art Hauscircus seit drei Generationen in Remchingen zu haben, den wir hier halten sollten“, argumentierte Casper und warb für die Unterstützung dieser kulturellen Einrichtung, etwa durch den Platz am Freibad außerhalb der Saison. „Solange wir niemanden haben, der eine Wiese zur Verfügung stellt, geht es nicht“, stellte Wieland fest.

Dieter Braun (Grüne) schlug vor, auf dem Wilferdinger Friedhofsparkplatz das befristete Parken mit Parkscheibe auf die Tageszeit zu begrenzen, da der Platz sonst meist ungenutzt

bleibe. Außerdem regte er an, die gemeindeeigenen Böschungen unterhalb von Darmsbach für den Artenschutz anstatt regelmäßig zu mulchen naturgerecht zu bepflanzen. Bürgermeisterin Wieland nahm das Thema für die nächste Sitzung des Umweltausschusses auf.

Auf Anregung von Martin Gegenheimer (CDU) spendeten 20 Gemeinderäte ihr Sitzungsgeld an den Ambulanten Kinder- und Jugendhospizdienst Sterneninsel e.V., der kurz vor der Sitzung seine Foto-Ausstellung im Rathaus eröffnet hatte.

Julian Zachmann